

Antrag 52/II/2022**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Kürzungen beim Schulbau!**

1 Die SPD begrüßt, dass der Berliner Senat zugesagt hat,
 2 dass – über die in der Investitionsplanung enthaltenen
 3 Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen hinaus – die
 4 Realisierung von Maßnahmen vorgezogen werden kann.
 5 Die bauliche Situation vieler Schulgebäude sowie die
 6 schon heute bestehenden Schulplatzdefizite erfordern zu-
 7 sätzliche finanzielle Bemühungen. Der Sanierungsdruck
 8 in den Schulen der Bezirke ist sehr unterschiedlich und
 9 muss unbedingt berücksichtigt werden.

10

11 Wir fordern daher die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
 12 sowie die SPD-Mitglieder des Berliner Senats dazu auf,
 13 die dringend notwendigen Schulsanierungsmaßnahmen
 14 in besonders betroffenen Bezirken mit entsprechender
 15 Verbindlichkeit abzusichern, um die baubedingte Schlie-
 16 ßung von Schulen abzuwenden und den Wegfall dringend
 17 benötigter Schulplätze nicht zu riskieren.

18

Begründung

19 Berlin ist eine Stadt im ständigen Wandel und ein Ma-
 20 gnet für viele Menschen aller Altersgruppen. Die Kinder
 21 und Jugendlichen, die in dieser Stadt geboren sind, die
 22 von anderswo hierherkommen und hier leben und lernen,
 23 haben gemäß Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der
 24 Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezem-
 25 ber 1948 ein Recht auf Bildung.

26

27
 28 Die Schulen unserer Stadt sind die Orte, an denen die-
 29 ses Recht umgesetzt wird. Die Berliner Schülerinnen und
 30 Schüler erhalten hier Ihre Bildung, die sie auf das Leben
 31 vorbereitet. Laut §1 des Berliner Schulgesetzes ist es Auf-
 32 trag der Schule "alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen
 33 und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen
 34 ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und
 35 Können zu vermitteln. [...]" sowie für die Heranbildung
 36 von Persönlichkeiten zu sorgen, die "fähig sind, der Ideo-
 37 logie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Ge-
 38 waltherrschaft strebenden politischen Lehren entschie-
 39 den entgegenzutreten sowie das staatliche und gesell-
 40 schaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des
 41 Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstel-
 42 lung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Um-
 43 welt zu gestalten".

44

45 Es ist zwingend erforderlich, dass den Berliner Schulen
 46 zur Erfüllung dieser elementaren Aufgaben, ausreichend
 47 Platz, eine angemessene Ausstattung und vor allem intak-
 48 te Gebäude zur Verfügung stehen. Nur so ist die Wissens-

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme Ersetzungsantrag 52.1/II/2022 (Kon-
sens)**

49 vermittlung in einem angemessenen Rahmen und mit gu-
50 tem Lernklima möglich.

51

52 Leider sind die Berliner Schulen von diesem Zustand weit
53 entfernt. Weder gibt es ausreichend Schulplätze, um al-
54 le Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht zu versorgen,
55 noch lässt die Bausubstanz einiger Schulen eine Beschul-
56 lung in einem angemessenen Lernumfeld zu. An dieser
57 Stelle seien die Anna-Lindh-Schule im Bezirk Mitte oder
58 das Gymnasium am Europasportpark in Pankow beispiel-
59 haft genannt.

60

61 Die angekündigten Kürzungen bei Schulbau und Schulsan-
62 nierung sind vor diesem Hintergrund ein verheerendes Si-
63 gnal für die Zukunft unserer Stadt und nicht hinnehmbar.

64

65 Die Schulbauoffensive ist seit ihrem Beginn im Jahr 2016
66 ein Vorzeigeprojekt der Berliner SPD. Sie schafft den Rah-
67 men für den nötigen Ausbau und die gleichzeitige Qua-
68 litätsverbesserung der Berliner Schule. Auf ihrer Basis ar-
69 beiten die Berliner Bezirke seit Jahren daran, die Schul-
70 platzdefizite aufzuholen und die Sanierungen von Schu-
71 len voranzutreiben.

72

73 Jede Verzögerung bedeutet die Verschwendung bereits
74 investierter Planungsmittel und Personalressourcen. Hin-
75 zu kommt, dass Verzögerungen sich unmittelbar auf die
76 Schülerinnen und Schüler, ihre Pädagog:innen und ihre Fa-
77 milien auswirken. Gemachte Zusagen werden nicht ein-
78 gehalten und die Situationen an den Schulen bleiben für
79 weitere Generationen von Schülerinnen und Schülern pre-
80 kär. Auch Zwischenlösungen mit temporärer Verbesse-
81 rung der Lage an den Schulen gibt es kaum, da in den Be-
82 zirken keine Haushaltsmittel für Überbrückungsmaßnah-
83 men (z.B. "Pinselsanierung) zur Verfügung gestellt wer-
84 den. Weiterhin können Mittel aus dem Digitalpakt zur Ver-
85 besserung der schulischen Infrastruktur nicht abgerufen
86 und eingesetzt werden.

87

88 In den kommenden Jahren gibt es immer mehr Schülerin-
89 nen und Schüler zu versorgen. Bereits im aktuellen Schul-
90 jahr 2022/2023 waren nicht ausreichend Schulplätze in ei-
91 nigen Schularten verfügbar. Diese Entwicklung setzt sich
92 in den kommenden Jahren absehbar fort.

93

94 Während in den Grundschulen die Schüler:innenzahl
95 mehr und mehr steigt und Fach- oder Aufenthaltsräume
96 für reguläre Klassenräume weichen müssen, bleibt die
97 Frage der Versorgung der Oberschüler:innen weitgehend
98 unbeantwortet.

99

100 So verliert SPD-Politik, die den Berlinerinnen und Berlinern
101 noch im Wahlkampf 2021 intakte und technisch gut aus-

102 gestattete Schulen versprochen hat, an Glaubwürdigkeit
103 bei ihren Wählerinnen und Wählern dieser Stadt. Im Wahl-
104 programm der SPD Berlin 2021 steht geschrieben: "Wir
105 knüpfen an die Berliner Schulbauoffensive an und setzen
106 Neubau, Sanierung und Bauunterhaltung fort."
107
108 Der aktuelle Vorstoß der Senatsverwaltung für Finanzen
109 steht diesem Versprechen elementar entgegen und muss
110 unbedingt korrigiert werden.